



RUNDER TISCH **FÜR ZUWANDERUNG UND INTEGRATION** **GEGEN RASSISMUS** IN SACHSEN-ANHALT

Protokoll **Parlamentarischer Abend Ukraine** **30.03.2022**

anwesend: Henriette Quade (Die LINKE), Thomas Lippmann (Die LINKE), Sebastian Striegel (Bündnis 90 / Die GRÜNEN), Susan Sziborra-Seidlitz (Bündnis 90 / Die GRÜNEN), Susi Möbbeck (Staatssekretärin MS), Juliane Kleemann (SPD), Christa Dieckmann (MI), Tobias Krull (CDU), Konstantin Pott (FDP), Guido Kosmehl (FDP), Malte Hennig (LAMSA), Raimund Sternal (Vorstandsvorsitzender RT), Krzysztof Blau (AGSA), Mamad Mohamad (LAMSA), Christine Bölian (Flüchtlingsrat), Helen Deffner (Koordinierungsstelle RT).

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung durch Herrn Sternal und Herrn Blau**
- 2. Situationsbeschreibung durch Christa Dieckmann**

EU hat sich entschieden, einen vorübergehenden Schutz zu gewähren und die Massenzustromsrichtlinie zu aktivieren.

Ukraine-Aufenthaltsübergangsverordnung des BMI (07.03.) bezieht sich rückwirkend auf Zeitraum ab 24.02. bis 23.05. – gewährt allen Ausländer*innen, die vor dem Krieg in der Ukraine flüchten, einen rechtmäßigen Aufenthalt → soll ein Clearing-Verfahren ermöglichen.

Ca. 287.000 Geflüchtete in Deutschland angekommen, überwiegend ukrainische Staatsangehörige mit biometrischem Pass.

Die Zugangssituation hat sich etwas beruhigt – in den ersten Tagen ca. 10.000 P./Tag, jetzt ca. 7.000 P./Tag.

Land hat 2 Hotels und Jugendherbergen angemietet für den Fall, dass die Landkreise die Aufnahme nicht schultern können.

Kommunen haben in kurzer Zeit viele Unterbringungsplätze geschaffen.

Bundesweite Verteilung ist eine große Herausforderung – viele kommen in Ballungszentren an.

Wenn Menschen sich an Behörden in LSA wenden, haben sie Anspruch auf Aufenthaltstitel nach § 24 AufenthG mit Möglichkeit der Erwerbstätigkeit; Leistungen nach dem AsylbLG.

Positionierungen der Fraktionsmitglieder:

Henriette Quade (Die LINKE): Großer Unterschied zu anderen Fluchtbewegungen; sehr erfreut, dass solch ein stabiler Aufenthaltstitel gewährt wird; ohne das in Frage zu stellen, sind Afghan*innen, Jesid*innen, Syrer*innen u.v.a. aus weniger dramatischen Gründen geflohen – auch für sie wäre die Massenzustromsrichtlinie wichtig gewesen; viele Dinge sind für Ukrainer*innen nun deutlich einfacher; in den Kommunen und im Innenministerium passiert vieles, dem Respekt gebührt; dennoch existieren Defizite:

- Unterbringungssituation / Erstaufnahme möglichst ohne Turn- und Messehallen; es gibt noch Hotelkapazitäten, Pensionen, Ferienwohnungen, die genutzt werden müssten als offensives Angebot an die Kommunen; Kosten sind die Problemstelle; die Bedingungen für Hotelbetreibende sind derzeit noch zu herausfordernd.
- Spezifik der Fluchtgruppe: v.a. Frauen und Kinder; mehr Sensibilität und v.a. Schutzstrukturen vor Ausbeutung, sexualisierter Gewalt und Ausnutzung der Notlage notwendig.
- Beschulung & Zugang zu Bildung für Kinder: es braucht dringend Klarheit, wenige Informationen bisher verfügbar.
- Viele ältere Menschen mit entsprechenden medizinischen und pflegerischen Bedarfen; Land ist nicht ausreichend vorbereitet mit sprachsensiblen und -fähigen Pfleger*innen.

Reaktion von Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE) zum letzten Punkt von Frau Quade: große Bereitschaft von Trägern, die Hürde ist die Finanzierung; müsste im Einzelfall beantragt werden; niedrighschwellige Zuständigkeit muss vom Bund geregelt werden für Senior*innen und Kinder.

Nachfrage von Fr. Bölian (FlüRa): Was hat die gestrige Austauschrunde im Bund zur Frage Waisenhäuser und unbegleitete Minderjährige ergeben?

Antwort von Fr. Möbbeck (MS):

- Grundproblem ist, dass derzeit AsylbLG greift; im Bereich Jugendhilfe kein Problem wegen Vorrangs der Jugendhilfe; Zugang zu Eingliederungshilfe und zu gesundheitl. Versorgung nicht komplett / verwaltungsaufwendige Wege, weil kein automatischer Zugang besteht; Rechtskreiswechsel schnellstmöglich wäre sinnvoll zumind. für jene, bei denen absehbar ist, dass sie für mittel- bis langfristigen Zeitraum hier bleiben; Zugang zu SGB XII und SGB II hieße auch gesundheitl. Versorgung zu Eingliederungshilfe; Fachkräfte, Plätze, und andere qualitative und quantitative Fragen dadurch aber noch nicht geklärt; Ministerpräsident*innen haben Runde eingerichtet, u.a. für Finanzierungsaufteilung zwischen Bund-Ländern-Kommunen; bis zur MPK (07.04.) hoffentlich erster Vorschlag.
- Jugendhilfe: einige Länder haben frühzeitig ganze Einrichtungen der Jugendhilfe aufgenommen; Länder haben Bund um Koordinierung gebeten – wird beim Bundesverwaltungsamt eingerichtet; diese Stelle hat Kontakt zu ukrainischer Regierung, damit diese weiß, welche Kinder in welcher Einrichtung untergebracht sind (nicht nur Waisenkinder), damit sie nach Kriegsende möglichst schnell zurückgebracht werden können; müssen nicht in Obhut genommen werden, sondern kommen mit Betreuer*innen und es braucht entsprechende Unterstützungsstrukturen; Verteilung soll sich orientieren an bisherigen Quoten unbegleiteter Minderjähriger; Land, dem zugewiesen wird, geht auf Jugendämter zu; wird derzeit in LSA vorbereitet, damit angemessene Räumlichkeiten / Kinderheime in entsprechenden Größenordnungen bereitgestellt werden können; Jugendämter wären damit sehr stark belastet; Land trägt und erstattet die Kosten.

Sebastian Striegel (GRÜNE): Staatl. und zivilgesellschaftliche Strukturen arbeiten grade gut zusammen, auch auf kommunaler Ebene große Bereitschaft Lösungen zu finden.

Vorschläge:

- (a) Land sollte Infoangebote erweitern für Dinge, die für ganzes Land gelten (z.B. Erstausrüstung von Wohnungen).
- (b) Ämter arbeiten mit Hochdruck; es braucht landesweit einheitliche Regelungen, z.B. im Gesundheitsbereich; Behandlungsscheine müssen zumind. in der Theorie angefordert werden; einige Landkreise verzichten schon darauf, aber es braucht für Entlastung mehr übergreifende Strukturen.
- (c) Bildungszugang: bisher kaum Antworten; Lage an den Schulen schon jetzt unter dem Bedarf organisiert; Angebote aus der Ukraine nutzen und mit Perspektive an Integration in Regelschulsystem koppeln.

- (d) Deutschkurse: muss umfassender angegangen werden.

Tobias Krull (CDU): Organisationen am RT leisten wichtige Arbeit; staatliche Strukturen können aus Belastungsgründen nicht so schnell reagieren;

- Verbände der Russland-Deutschen und jüdischen Vereine unterstützen; Pressemitteilung der AGSA zu Russenfeindlichkeit war wichtig und richtig.
- Konnte mehrere Unterbringungssituationen in den Hallen besichtigen; das Bestmögliche wird versucht, aber keine Ruhe und Privatsphäre möglich; manche Menschen sind bis zu zwei Wochen in solchen Unterbringungsformen untergebracht, viele teilen mit sich unsicher zu fühlen; schnellstmögliche Verteilung in Wohnungen notwendig; Ausstattung der Wohnungen sind eine Herausforderung; nach zwei Jahren COVID; Befürchtung vor „Abgewöhnungseffekt“ von Jugendherbergen und Hotels.
- Mobiles Bürgerbüro soll am Standort der Messehallen stationiert werden, aber Zuständige stellt sich noch quer.
- Viele Freiwilligenkreise sind bedroht von Ausbrennen, bsp. versorgt Freiwillige Feuerwehr Magdeburg zusätzlich zu regulärer Belastungssituation; es braucht mehr Unternehmen, die zu ungewöhnlichen Zeiten arbeiten können; Eindruck, dass jetzt wieder auf die, die bei Pandemiebekämpfung eh schon hoher Belastung ausgesetzt sind, zurückgegriffen wird – Arbeitnehmer*innenschutz.
- Frage des ungeklärten Impfstatus, TBC und Krätze; Kriegsverletzungen; medikamentöse Versorgung (viele bringen nur für wenige Tage Medikamente mit); Magdeburger Apotheker unterstützt dabei grade tatkräftig, aber einige ukrainische Medikamente sind im Rest Europas nicht zugelassen.
- Zentrale Registrierung wird von CDU sehr befürwortet für Überblick darüber, wer da ist und wer besonders schutzwürdig ist.

Reaktion Susi Möbbeck:

- Registrierung: die meisten können nicht auf ihr Geld zugreifen und sind daher auf Leistungen angewiesen – es registrieren sich schon allein deshalb die meisten / Zahlen sprechen dafür; Registrierung als Nadelöhr, im Land sehr unterschiedlich organisiert; Landeshauptstadt vergibt Termine für zweite Maihälfte; scheint unter Normalbetrieb statt im Krisenmodus zu laufen; Kontrast zu Halle stark: dort wurde Ankunftscenter eingerichtet, im Kulturtreff kann man einem Ort ankommen, mit PIQ erfasst werden, Meldebescheinigung bekommen, Ausländerbehördenregistrierung, ggf. sogar schon vorläufigen Aufenthaltstitel, Sozialamt 200 € und Zugang ins System erhalten – alles auf einmal ohne Terminvergabe.
- Unterbringungssituation ist in den Landkreisen besser gelöst, Landeshauptstadt hat besonders schwierige Bedingungen; eigtl. bräuchte es Verteilung aus Magdeburg auf die umliegenden Kommunen; Konzepte der LK sind sehr unterschiedlich; gut, dass MI so schnell Erstattung für private Unterbringungskosten geklärt hat.
- Zugang zu Integrations- und Sprachkursen: muss in den Netzwerken und mit Sprachkursträgern stattfinden, Kapazitäten werden schon massiv ausgebaut.
- Gesundheit: Gesundheitsminister*innenkonferenz hat am Montag dazu diskutiert, nächste Woche Beschluss der GMK mit dem Bundesgesundheitsministerium; Impfstellen sollen bis Jahresende 2022 bestehen bleiben, auch andere Impfungen dort möglich (Masern u.a.).
- Ankunftsclassen: Ressource ukrainischer Lehrer*innen soll genutzt werden; Deutsch als Zielsprache vermitteln, um Zugang ins Regelsystem zu eröffnen.
- Impfungen: Schulpflicht gilt vor Impfpflicht; Masernimpfung muss nachgereicht werden; Bei KITAS gilt Betretungsverbot ohne Masernimpfung.

Thomas Lippmann (LINKE):

Familien kommen häufig mit hohem Bildungsgrad; Lehrkräfte sind weder für Sonderstandorte noch für regulären Betrieb da; selbst wenn 50 Sonderklassen eingeführt werden, braucht es dafür zuerst Liegenschaften; es bleibt abzuwarten, was die ukrainische Community selbst möchte; geflüchtete Lehrkräfte aus der Ukraine sollten zweijährig befristetes Einstellungsangebot kriegen.

Guido Kosmehl (FDP):

- bei Umgang mit Geflüchteten muss Status berücksichtigt werden; es ergeben sich daraus unterschiedliche Pflichten; für Massenzustrom ist keine dauerhafte Integration angelegt; Maßnahmen bei Begleitung, gesundheitl. Versorgung, Bildungszugang u.a. sind nur temporär; nicht von Anfang an muss dauerhafte Integration angesteuert werden; Sprachkurse müssen geöffnet werden, ebenso wie Erwerbs- und Ausbildungsmarkt; aber grade geht es primär darum, Geflüchteten Zuflucht zu gewähren; Begleitung von Traumata notwendig.
- Unterbringung: sollte zentraler begleitet werden; zusätzliche Kräfte aus Verwaltung hinziehen ist notwendig; es braucht Hilfestellung und Hinweis, damit best-practice-Beispiele sich rumsprechen.
- FDP setzt sich bei Bundesregierung für fairen Lastenausgleich zwischen Bund und Ländern ein; Sachsen-Anhalt bzw. Kommunen können Unterstützung nicht alleine stemmen; es braucht Signal und echte Beteiligung.

Juliane Kleemann (SPD):

- Begleitung posttraumatischer Störungen: für Kinder / Jugendliche und Erwachsene muss Begleitung organisiert werden; Netzwerk im Land für Notfallseelsorge und Krisenintervention besteht; mehr Profis benötigt; Belastungsstörungen werden häufig nicht in ersten Wochen sichtbar, sondern erst später; auch Lehrer*innen und Erzieher*innen sollten Signale deuten können und darauf vorbereitet werden, was dann notwendig ist; Vorbereitung jetzt schon wichtig.
- Ehrenamtliche dürfen nicht außer Acht gelassen werden; auch da können Sekundärtraumata und Ausbrennen auftreten; manche Menschen brauchen Zeit unter sich und andere wollen direkt den Weg ins deutsche System gehen → diese Spannung muss erst mal ausgehalten werden; Hilfe soll bei den Menschen ankommen und nicht nur plakativ funktionieren.
- Landkreis Stendal hat große Kommunen gefragt, ob Unterbringung zur Verfügung gestellt werden kann, damit kleine Kreise weniger ausgelastet sind; funktioniert im Landkreis gut, Kommunen sind kooperativ.

Christa Dieckmann (MI):

Lösung der Hallen in Magdeburg ist keine Optimallösung, aber so können Kommunen besser reagieren; Magdeburg will das auch nicht zum Dauerzustand werden zu lassen, aber in Anbetracht der Gesamtsituation wurde einiges bereitgestellt (z.B. Räume für kassenärztliche Vereinigung, Schutzräume für Frauen); Versorgung vulnerabler Gruppen wird gesondert geleistet.

Frage von Henriette Quade:

Wartezeiten sind großes Problem in MD; Wo liegt bei Landeserstaufnahme und Land die Schwelle um einzuschreiten?; Erlass in Aussicht bzgl. Bearbeitungsstau bei Ausländerbehörden?

Antwort von Christa Dieckmann:

- für Unterbringung in Notunterkünften gibt es keine Vorgaben; maximal 2-3 Wochen, sollte allerdings bei 2-3 Tagen bleiben; wenig Wohnraum verfügbar; Erfahrung bei Anmietung von Hotels: unglaublich teuer – kaum vertretbar.
- Messehalle in MD bis 20. April angemietet, dann aber Messebetrieb geplant; wenn bis dahin keine Alternative bereitsteht, soll Messehalle weiter genutzt werden.

Josefine Hannig (Sprecherin MB):

Staatskanzlei hat heute Website gelauncht: www.ukrainehilfe-sachsenanhalt.de

Ministerium will flexibel auf Situation reagieren, indem man mehrgleisig fährt: Kinder, die schon in Schulen sind, können in Regelklassen bleiben; genaue Zahlen werden morgen bei Schulen erfasst; Schätzung von 3.000 im schulpflichtigen Alter.

- Geplant sind Anfangsklassen (bis zu den Sommerferien); ursprünglicher Plan 28 Klassen, steigert sich aber kontinuierlich; soll flächendeckend und großzügig im Land eingerichtet werden; nach Sommerferien soll Übergang in Regelklassen erfolgen.
- 200 Sprachkräfte für herkunftssprachlichen Unterricht anvisiert, spezielle Emailadresse, schon 84 Anfragen.
- 150 Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache; auch pensionierte Russisch-Lehrkräfte werden kontaktiert.
- Ukrainische Curricula werden gerade geprüft und Unterricht daran ggf. angepasst.
- Online-Unterricht wird flexibel berücksichtigt.
- Problematik pädagogische Mitarbeiter*innen: großer Bedarf v.a. für viele Schüler*innen im Primarbereich.
- Psychosoziale Betreuung: von MS gibt es Angebote, die das bestmöglich auffangen sollen.

Mamad Mohamad (LAMSA):

Am ersten Wochenende haben sich bereits 200 Sprachmittler*innen bei LAMSA gemeldet; Supervision wird jetzt bereitgestellt, weil Belastung für Ehrenamtliche hoch ist; Verantwortung gegenüber Ehrenamtlichen.

- Retraumatisierungspotential von Geflüchteten, die schon länger hier leben, ebenfalls große Gefahr.
- Am 22.05. schließen Schulen in der Ukraine – wichtig im Blick zu behalten für Beschulung hier.
- Qualifizierungsprogramm für Lehrkräfte notwendig.
- Vielen war nicht klar, dass nach Registrierung die Wohnsitzauflage gilt.

Reaktion Frau Dieckmann: Sobald Antrag auf §24 gestellt wird, gilt damit auch eine Wohnsitzauflage; Ausnahmen von der Wohnsitzauflage sind möglich: Familienverbände sollen nicht auseinandergerissen werden; noch nicht alle Details geklärt, bald kommt Erlass; es gibt dazu ukrainische Infoblätter.

Christine Bölian:

- Personalausstattung in Behörden, v.a. Sozialämter: Menschen, die gerade privat untergebracht sind und sich melden, müssen sich bei Auszug ummelden, was die Ämter zusätzlich belastet; Belastung wird dadurch für alle zusätzlich erhöht.
- Beratungsstrukturen: psychosoziales Zentrum arbeiten schon lange an Belastungsgrenze, es braucht mehr Personal; Frauenhäuser-Anfragen steigen; bessere Beratungsstrukturen für Menschen mit Behinderung notwendig.
- Selbst wenn Wohnungen nicht vollständig ausgestattet sind, wäre Unterbringung in separaten Wohnungen trotzdem wichtig, um aus den Lagern ausquartieren zu können.

Reaktion Christa Dieckmann:

- Keine ausdrückliche Anmeldung notwendig, weil man über AZR registriert wird; keine Alternative zu Ummeldung möglich.
- Meist fehlt komplettes Mobiliar; leere Wohnung eigtl. keine Alternative; nimmt den Punkt mit zur Diskussion.

Krzysztof Blau:

von Anfang an zahlreiche Rückmeldung der AGSA-Mitgliedsorganisationen, dass Angriffe und Beleidigungen gegen russischsprachige Menschen massiv zunehmen; Artikel vom 29.03. in der

MZ erschütternd, weil Angriffe als Propaganda und Fake News bezeichnet wurden; betrifft viele Menschen aus unterschiedlichen Ländern; Herausforderung für gesamte politische Landschaft.

Reaktion Susan Sziborra-Seidl:

Angriffe kommen von jenen, die sich auch sonst häufig rassistisch verhalten; in Quedlinburg sind es bspw. v.a. ortsansässige Russ*innen, die Unterstützung angeboten haben und privat Leute aufgenommen haben.

Reaktion Mamad Mohamad:

Rückmeldung von Beratungshotline ähnlich; einige wurden zur Strafanzeige gebracht, andere brauchten geschützten Raum, um darüber zu sprechen; Rassismus kommt im Alltag so häufig vor und ist so schnelllebig, aber Folgen sind langjährig; wird uns noch lange beschäftigen.

Reaktion Susi Möbbeck:

Vorsicht vor Spaltung; kann schnell dauerhafte Spuren hinterlassen (Bsp. von Besitzerin Kazachischen Lebensmittelladens in Wörlitz, die vom „Frühlingserwachen“ ausgeschlossen wurde).

Christine Bölian:

- Für Situation der Deserteure muss mehr sensibilisiert werden; werden spezielle Anlaufstellen brauchen.
- Gesundheitsversorgung: Elektronische Gesundheitskarte jetzt wichtiger denn je; Wechsel vom AsylbLG in SGBII-Bezug bedeutet Wegfall von Anspruch auf Sprachmittlung.
- Interministerielle Arbeitsgruppe ist wichtig, aber es braucht besseren Informationsfluß zu zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Feld.

Reaktion Susi Möbbeck:

Viele Videokonferenzen mit diversen Akteur*innen; Format für gemeinsame Kommunikation wäre hilfreich, weil bisher aufenthalts- und leistungsrechtliche Fragen nicht direkt durch Verantwortliche beantwortet werden konnten.

Reaktion Christa Dieckmann:

Thema Gesundheitskarten sind auf der Agenda, werden das Thema ausloten und bleiben im Gespräch.